Statement des Bundesausschusses Politische Bildung (bap)

Kürzungen bei „Demokratie leben!“ gefährden gewachsene Strukturen der Demokratiebildung

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist der Zusammenschluss von 32 bundesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Viele unserer Mitglieder sind von den Kürzungen und dem Umbau bei „Demokratie leben!“ erheblich betroffen.

Die Entscheidungen über die Kürzungen und den Umbau des Bundesprogramms „Demokratie leben!” erfolgten in laufenden Förderperioden. Sie betreffen Träger der politischen Bildung, der demokratischen Zivilgesellschaft und Beratungsstellen der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit zu einer Zeit, in der in Sachsen-Anhalt eine als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei möglicherweise bald die Landesregierung stellt. Wir erklären uns solidarisch mit allen, die aufgrund der Kürzungen oder Ablehnungen ihre Arbeit nicht oder nur eingeschränkt fortsetzen können.

Hinter den wegfallenden Förderungen stehen Strukturen, die über Jahre aufgebaut wurden: Beratungsstellen, Bildungsangebote, Netzwerke und Vertrauen vor Ort. Wenn sie wegbrechen, gehen Fachwissen und verlässliche Ansprechpersonen verloren, die sich nur schwer wieder aufbauen lassen. In Ostdeutschland ist das besonders gravierend, weil die Trägerlandschaft dort kleiner und demokratische Strukturen ohnehin unter Druck sind.

Wir wollen jetzt Netzwerke und Solidaritätsstrukturen stärken. Als Bundesausschuss Politische Bildung werden wir langfristige Partnerschaften zwischen Ost und West, Stadt und Land sowie weiterhin mit bundesweiten Fachverbänden knüpfen, damit Erfahrungen, Ressourcen und Rückhalt geteilt werden und die Arbeit auch unter erschwerten Bedingungen weitergehen kann.

Unsere Anliegen an Bundesregierung und Bundestag

Politische Bildung ist Grundlage einer lebendigen und resilienten Demokratie. Wir bitten Bundesregierung und Bundestag, sich bei allen notwendigen Sparvorgaben zu fragen, ob auf die gewachsenen Strukturen der Demokratiebildung verzichtet werden kann, und die demokratische Zivilgesellschaft in dieser Situation zu unterstützen.

Wir nehmen wahr, wie groß die Verunsicherung in der Trägerlandschaft ist. Einzelne Träger müssen Arbeitsbereiche vollständig einstellen. Mit Sorge sehen wir, dass besonders Träger aus den Bereichen Migrantenselbstorganisationen, Antirassismusarbeit und Arbeit gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit oder Queerfeindlichkeit nun deutlich weniger Förderung erhalten und sich vermutlich auch von vornherein seltener beworben haben. Hinzu kommt, dass viele Träger auch an anderer Stelle Förderung verlieren oder von Kürzungen ihrer Landesförderung bedroht sind. Nach unseren Informationen sind 1.200 Anträge eingegangen. Das zeigt, wie groß der Finanzierungsbedarf, aber auch das Potenzial der Trägerlandschaft ist, die wichtige Arbeit zur Stärkung der Demokratie zu leisten. Das nach den Kürzungen verfügbare Budget reicht nicht aus, um diese Arbeit abzusichern.

Eine Gesamtstrategie statt kurzfristiger Schutzschirme

Der Schutzschirm der Ostbeauftragten der Bundesregierung für die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland ist ein wichtiges Zeichen. Dieser muss jedoch vor allem genutzt werden, um eine unabhängige Bundesförderung dort zur Verfügung zu stellen, wo Landesmittel wegbrechen. Allein vom Volumen her ist er ungeeignet, um die Einschnitte bei „Demokratie leben!" zu kompensieren. Statt Einzelfall- und Notlösungen braucht es eine tragfähige Gesamtentscheidung des Bundes, die Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft und der Demokratiebildung, der Träger politischer Bildung und ihrer Dachverbände sowie der Beratungsstellen der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit abzusichern und angemessen zu finanzieren. Dafür schlagen wir einen ressortübergreifenden Gipfel zur Demokratiebildung vor. Die beteiligten Bundesministerien und die Bundeszentrale für politische Bildung sollten darin klären, wie sie Demokratiebildung jeweils fördern wollen, und die gesamtstrategischen Linien festlegen. Im Anschluss sollten die Fachverbände und die Zivilgesellschaft einbezogen werden.

Für die weitere Ausgestaltung des Programms und der Förderentscheidungen bitten wir um Transparenz, die Beteiligung der Fachorganisationen und mehrjährige Planungssicherheit für die Träger, die nun eine Förderung erhalten. Die Vorschläge von bap, GEMINI und DVPB zur Neuausrichtung von „Demokratie leben!" vom Mai 2026 behalten dafür ihre Gültigkeit.

Über uns

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss von 32 bundesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen und repräsentiert die Vielfalt der politischen Bildungslandschaft in Deutschland. Diese Pluralität zeigt sich in der breiten Aufstellung seiner Mitglieder: Politische Bildung wird in Jugendverbänden, Bildungsstätten, Gewerkschaften, Kirchen, Volkshochschulen und Stadtteilinitiativen ebenso umgesetzt wie in parteilichen und verbandlichen Strukturen, Stiftungen, Betrieben und Projekten. Sie findet in Seminaren, im Rahmen beruflich-betrieblicher Weiterbildung, bei der Interessenvertretung und zunehmend in Zusammenarbeit mit der schulischen Bildung statt.

Mehr Informationen zum bap e.V.: www.bap-politischebildung.de

Kontakt

Andrea Rühmann,
Vorsitzende Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.
Email: ruehmann-at-bap-politischebildung.de